



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

spd/IV/32

Hannover, 17. März 1949

Zu einem geplanten Schauprozess

Von Friedrich Stampfer

Das Verfahren begann mit einem Artikel eines Herrn M. Sobinow in der russischen "Täglichen Rundschau" vom 8. März mit der Überschrift: "Die deutschen Kriegshetzer müssen streng bestraft werden." Dort wurde ausgeführt, dass Reuter und Genossen sich der Kriegshetze schuldig gemacht hätten, was den Deutschen durch die Beschlüsse von Jalta und Potsdam streng verboten sei. Diese von Amerika, England und Russland gemeinsam gefassten Beschlüsse sowie die gleichfalls gemeinsam beschlossenen Kontrollratsgesetze böten vollkommen ausreichende Grundlagen zur Durchführung des Strafverfahrens.

Diesem bolschewistischen Pfiff folgte binnen 24 Stunden die SEDistische Antwort, die als historisches Dokument festgehalten zu werden verdient:

GERICHTLICHES VERFAHREN GEGEN DIE BERLINER KRIEGSHETZER EINGELEITET

Die Vorbereitungen des Komitees gegen die Berliner Kriegshetzer sind so weit gediehen, dass nunmehr das Ermittlungsverfahren gegen die Beschuldigten eingeleitet wird. Die Behörden und die antifaschistischen demokratischen Organisationen, insbesondere aber die werktätige Bevölkerung, werden hiermit zur Mitarbeit aufgefordert. Einzelheiten werden noch bekanntgegeben.

Das Verfahren richtet sich gegen Ernst Reuter, Dr. Friedensburg, Dr. Otto Suhr, Franz Neumann, Kurt Mattick, Erik Reger, Arno Scholz, Maximilian Müller-Jabusch, Jakob Kaiser, Carl Hubert Schwennicke, Alfred Tausch.

Die Öffentlichkeit wird gebeten, alle zweckdienlichen Angaben zur Überführung der Genannten als Kriegsverbrecher und Kriegstreiber dem "Komitee gegen Kriegshetze" in Berlin zwecks Weiterleitung an den Generalstaatsanwalt beim Kammergericht Berlin mitzuteilen. Alle dem Komitee angeschlossenen Redaktionen nehmen die Angaben entgegen.

Mancher wird vielleicht geneigt sein, das Ganze als eine lächerliche Farce abzutun. Wir haben aber schon viel erlebt, was als Farce begann und als Tragödie endete. An der ernstesten Absicht der Russen, ihre Gegner zu vernichten, und der Willfährigkeit ihrer deutschen Bediensteten, ihnen dabei zu helfen, kann nicht der geringste Zweifel bestehen.

Werte verlieren die Verteidiger Berlins den Respekt und die Sympathie der zivilisierten Welt. Jedoch würde der Mut, den man ihnen bewundert, nicht ausreichen, sie vor einem martialischen Ende zu bewahren, und auch dem deutschen Volk, das so weit wie einmütig zu ihnen steht, fehlt jede Möglichkeit, den angedrohten, kaltblütig geplanten Justizmord zu verhindern. Recht und Wahrheit sind heute in Deutschland nur soweit vorhanden, wie der Wille der Sieger reicht, auf einen Mißbrauch der Macht zu verzichten und ihm, wenn er von anderen geplant wird, entgegenzutreten. Was in Berlin noch an Recht vorhanden ist, beruht auf diesem Zustand. Ihm aber entzogen ist die totale Rechtsfinsternis der Satzung, in der Willkür ohne Schranken regiert.

Diese die Behauptung, die Verteidiger Berlins wären "Kriegsgeiseln", unsinnig ist, braucht unterrichteten Leuten im Westen nicht erst bewiesen zu werden. Im Osten aber, von Moskau bis Leningrad, ist es ein Glaubenssatz, dem keiner widersprechen kann, der nicht sich und die Seinen ins Unglück bringen will. Als in Westdeutschland Sozialdemokraten und Bürgerliche gegen die Verurteilung des kommunistischen Landtagsabgeordneten Reimann durch die Engländer zu drei Monaten Gefängnis protestierten und infolge dieses Protestes der Strafvollzug ausgesetzt wurde, schrieb die Russenpresse aller Länder, die englische Militärjustiz habe vor dem "Volkszorn der kommunistischen Massen" zurückweichen müssen. Zwischen Moskau und Leningrad pflegen Urteile in politischen Prozessen weniger gelinde auszufallen, aber auf Ausbrüche des "Volkszorns" gegen sie wartet man dort vergebens. Da rührt sich keiner, dem sein Leben lieb ist.

Leider muss hinzugefügt werden, dass dieser Zustand wirklich eine Folge der Beschlüsse von Jalta und Potsdam ist, auf die sich der Sowjet-Jurist Sobinow mit Unrecht beruft. Die Westalliierten beklagen ihn heute, aber nachdem sie geholfen haben, ihn herbeizuführen, kommt ihr Bedauern zu spät. Das Gefäß ihrer Mitverantwortung ist bis an den Rand gefüllt. Noch stehen Berlin und seine Verteidiger im Lichtkegel der Weltöffentlichkeit. Man soll den Blick von ihnen nicht lassen, denn mit ihrem Schicksal ist die Ehre der ganzen zivilisierten Welt aufs engste verbunden. Schatten steigen auf. Jeder ernstliche Franzose empfindet die Preisgabe Breitscheldts und Hilferdings an die Gestapo durch eine französische Regierung als eine nationale Schande. Über damals waren die Truppen Hitlers in Paris, und diesmal ist die Rote Armee, trotz der freundlich angebotenen Hilfe der Thores, Bogliatti, Siffert und Grotemohl immer noch nicht in Washington.
(h/4/153/1/he)

Zur internationalen Kontrolle der Grundstoffindustrien

(sp) Die zweite Expertenkonferenz zur Frage der internationalen Kontrolle der Grundstoffindustrien findet zur Zeit (14.-20.3.) in dem kleinen holländischen Ort Breda in der Provinz Gelderland unter dem Patronat der holländischen Arbeiterpartei statt. Sie war im Oktober vorigen Jahres von dem zuständigen Unterkomitee der COMINFO beschlossen worden. Eingeladen sind Vertreter der sozialistischen Parteien aus England, Frankreich, Belgien, Holland, Luxemburg, Schweden, Norwegen, Dänemark, Italien, Österreich und Deutschland. Es handelt sich um die sechste Vorbereitungsarbeit zu einer Vollkonferenz der internationalen Sozialisten, die zum gleichen Thema in Amsterdam zwischen dem 14. und 16. Mai stattfinden soll.

Warum Österreich abgelehnt hat

W. B. Wingenfurt, in Wien

Bei den gegenwärtigen Londoner Verhandlungen um den Friedensvertrag für Österreich hat Jugoslawien für die Slowenen in Südkärnten ein Autonomiestatut gefordert. Österreich hat abgelehnt und die Verhandlungen sind nicht weiter zu sehen.

Bis 1945 gab es in Südkärnten kein slowenisches Problem. Wohl gab es eine slowenische Minderheitenfrage, aber sie begann eine politische Rolle erst zu spielen, als mit dem Zusammenbruch des Dritten Reiches die Expansionswünsche der Nachbarn Deutschlands und Österreichs erwachten. 1918 waren Österreich in St. Germain's Friedensvertrag Verpflichtungen gegenüber dieser Minderheit auferlegt worden, die die Österreichische Republik bis zu ihrem Ende buchstäblich getreu einhielt. Nach 1945 tat sie aus Gründen gutnachbarschaftlicher Beziehungen noch ein Übriges: sie gewährte mehr Minderheitenschulen, als die Slowenen wollten, denn ein Teil dieser Schulen musste mangels Frequenz wieder geschlossen werden. Vor Gericht können sich die Kärntner Slowenen ihrer Muttersprache bedienen. Dabei kommt es oft genug vor, dass der "Slowene" mitteilt, er verstehe das Slowenische nicht und es wird ein Dolmetscher geholt, der das "Windische" versteht.

Die Karawanken, ein wichtiger Saum des Drauzuges, haben vom Siedlungsgebiet der wirklichen Slowenen einen Teil abgetrennt und politisch seit Jahrhunderten nach Unterkärnten verwiesen. Diese Jahrhunderte sind an den abgesplitterten Slowenen nicht spurlos vorübergegangen. Durch Vermischung mit den Deutschen entstand aus ihnen die "Windischen", die von Jahrzehnt zu Jahrzehnt an Volkssubstanz verloren. Ihre Sprache, mit deutschen Sprachelementen stark vermischt, unterscheidet sich heute so stark vom Slowenischen, dass Windische und Slowenen Deutsch sprechen müssen, wenn sie sich verstehen sollen. In fließender Rede schwankt die Anzahl der deutschen Lehnwörter zwischen sieben und vierzig von Hundert. Manche verwenden abwechselnd die windische und die slowenische Sprache. Hierdies wird das windische Sprachgebiet durch drei deutsche Teile noch in vier Gruppen geteilt, die, solcherart isoliert, ihre eigene Entwicklung nahmen und sich immer stärker nicht nur in der Sprache von Slowenischen entfernten. Im Jahre 1880 woh es in Ost-Kärnten 235.000 Deutsche (73,4%) und 85.000 Windische (26,6%). 1900 waren es noch 22,3% Windische, 1923 nur mehr 10,1% und 1934 schließlich 6,8% (27.000).

Eine wissenschaftlich genaue Untersuchung der Situation zeigt, dass es heute in Kärnten fast kein geschlossenes windisches Sprachgebiet gibt, sondern ein geschlossenes Mischgebiet. Das schließt aber auch die Existenz einer Sprachgrenze aus, wie die nach jugoslawischen Behauptungen die Trenn bilden soll. In dem ganzen Gebiet gibt es nur neun Gebiete mit windischer Mehrheit, alle 11 Orte haben deutsche Minderheiten.

Es steht ferner fest, dass die Windischen gar nicht wollen, was ihnen Belgrad zuzieht. In ihrer Mehrheit haben die Windischen nicht die Absicht, in der jugoslawischen Volkendemokratie aufzugehen. Eine Analyse der letzten österreichischen Parlamentswahlen

zeigt, dass die Sozialisten in Kroatien ihre Erfolge nur mit Hilfe der Windischen erzielen konnten. Trotz Bestehens der am Wahlkampf beteiligten "Befreiungsfront", einer von Jugoslawien her finanzierten und in jeder Weise unterstützten windischen Organisation, trotz eines vorläufigen Ganges dieser Organisation, die die österreichische Exekutive und die eigenen Bondaleute durch eine irredentistische Forderung unter Druck setzt und in den mildesten Fällen bei einem "Anschluss" mit der jugoslawischen Vergeltung droht.

Die in London erhobene Forderung der Jugoslawen würde Ausnahmehrechte für ein paar Hundert bezahlte Terroristen schaffen, würde einen Staat in Staat herstellen, in dem die Mehrheit der Bevölkerung dem Willen einer Minderheit unterworfen wäre und in dem dieser Wille vom Ausland her diktiert wäre. Die Erfahrungen der letzten zwei Jahrzehnte haben überdies gezeigt, dass Autonomieforderungen nur die Vorläufer von Annexionen sind. Aus allen diesen Gründen hat Österreich die so heralos anmutende Forderung seines Nachbarn ablehnen müssen.

Im Mittelpunkt: die Heimatvertriebenen

(sp) In einer gemeinsamen Sitzung der SPD Mitglieder der Bundtagsfraktion Bayerns des Parlamentarischen Rates, des Landtagsausschusses und des SPD-Flüchtlingsausschusses berichtete Waldemar von Knoeringen über die Kölner Vorstandssitzung. Im Mittelpunkt der Erörterungen stand das Problem der Heimatvertriebenen. Es wurde eine gemeinsame Kommission gebildet, deren Aufgabe es ist, die Arbeit zur Lösung des Flüchtlingsproblems in Bayern auf allen Gebieten zu aktivieren.

Es wurde beschlossen, dass die Mitgliedschaft zum Neubürgerbund, zur Notgemeinschaft Deutschlands und zur Deutschen Notgemeinschaft mit der Mitgliedschaft in der SPD vereinbar ist.

Als neue Lizenzträger für die SPD Presse in Bayern werden der Militärregierung vorgeschlagen: Willi Fischer-Franken, Josef Kiene-Oberbayern und Franz Höhne-Niederbayern. (m/Bl/173/2/be)

* * *

Internationales Jungsozialistentreffen

(sp) Auf Vorschlag der deutschen Jungsozialisten wird gemeinsam mit den sozialdemokratischen Jugendorganisationen der skandinavischen Länder in den Städten Aarhus, Bergen, Bøbjerg, Göteborg und Hamburg vom 1. bis 14. August 1949 ein internationales Referatstättentreffen durchgeführt.

* * *

Streik im graphischen Gewerbe?

sp. Die Gewerkschaft Druck und Papier der Bizone hat unter den ihr angeschlossenen Belegschaften für den 21. März zur Frage eines Lohnstreiks eine Urabstimmung angesetzt, nachdem die Verhandlungen in Wiesbaden Anfang des Monats an der unachgiebigen Haltung des Unternehmerverbandes gescheitert waren.

Bei diesen Verhandlungen verfolgten die Gewerkschaften folgende Ziele:

1. Die Reduzierung der bisher geltenden 11 Otsklassen auf drei,
2. eine Neueinstufung der "geübten und unübten" Arbeitnehmer mit dem Ziel, die Lage der ^{am}schlechtesten entloh^{ten} Arbeitnehmer zu verbessern,
3. die Unterbezahlung der Frauen gegenüber den Männern in der graphischen Industrie aufzuheben,
4. generell eine 3prozentige Lohnerhöhung auf den Tarif-Spitzenlohn.

Die Arbeitnehmer der graphischen Industrie sind zu 92 Prozent gewerkschaftlich organisiert. Früher galten sie auch als die Bestentlohten, doch kann man heute davon nicht mehr reden. Nach den bisherigen Tarifen erhielt z.B. ein 18jähriger geübter Arbeiter einen Stundenlohn von 45 Pfennig, ein 19-20jähriger einen solchen von 50 Pfennig. Frauen, die z.B. in den Buchbindereien die gleiche Arbeit und gleichen Leistungen wie Männer vollbrachten, wurden trotzdem geringer bezahlt. In Anbetracht dessen, daß die Arbeitnehmer der graphischen Industrie während der ganzen letzten Jahre - im Unterschied zu vielen anderen Betrieben - keinerlei der üblichen "Kompensationsmöglichkeiten" hatten und für zum Teil wertlose Reichsmark treu und brav ihre Arbeit verrichteten, ist es verständlich, wenn sie sich heute regen und einen anständigen Lohn wünschen.

Das Maximum dessen, was die Unternehmer bewilligen wollten, war eine achtprozentige Lohnerhöhung ohne Berücksichtigung aller anderen Gewerkschaftsforderungen.

Wir haben in den verschiedensten Betrieben der britischen und amerikanischen Zone festgestellt, daß der Kampfwille der Arbeitnehmer außerordentlich groß ist. In den meisten Betrieben will man nicht einmal bis zum 21.3. warten. Schon jetzt regen sich unter den Belegschaften spontane Bestrebungen, keinerlei Überstunden mehr zu leisten und durch langsames Arbeiten passive Resistenz zu üben.

(6/B115/163/1/hs)

Im folgenden geben wir den Wortlaut der Stellungnahme zur Nadolny-Hermes-Konferenz wieder, die im Umland bereits über die Agenturen verbreitet wurde:

SPD und Nadolny-Hermes-Konferenz
 =====

Die Betriebsamkeit des ehemaligen Botschafters Nadolny in Westdeutschland wird auf sozialdemokratischer Seite mit ausgesprochenem Misstrauen beobachtet.

Es ist unbestritten, dass Herr Nadolny während einer langen Zeit nach dem Kriegsende ungewöhnlich engen Kontakt mit den massgebenden Stellen der Karlsruher Verwaltung hatte, und es sind keine Tatsachen bekanntgeworden, die darauf schliessen lassen, dass sich etwas geändert hat. Ein erster Versuch Nadolnys, mit führenden westdeutschen Politikern ins Gespräch zu kommen, scheiterte bereits vor einigen Wochen. Der jetzige Schritt erscheint als Teiloperation einer umfassenderen Unternehmung, zu der unter anderem aber auch die westdeutsche Besuchsreise Buschkes und gewisse lobende Erwähnungen des Neuheimer Kreises in der sowjetdeutschen Presse gehören. Nadolny und andere ihm nahestehende Politiker aus der Ostzone haben nach sozialdemokratischer Auffassung keine Legitimation zu Verhandlungen über die deutsche Einheit, die durch nichts stärker bedroht ist als durch die Politik der Macht, mit deren Erlaubnis sie in die Westzonen gereist sind. Vielleicht haben auch akute Schwierigkeiten im Zusammenhang mit der westlichen Gegenblockade bei dem neuen Vorstoss Nadolnys mitgesprochen.

Unverständlich und zu beanstanden sei in jedem Fall die Haltung so hoher amtlicher Persönlichkeiten der bizonalen Wirtschaftsverwaltung wie des Oberdirektors Dr. Pönder und des Wirtschaftsdirektors Prof. Erhard, die sich von dem früheren Ostzonen-CDU-Vorsitzenden Dr. Hermes zu dieser Konferenz einladen liessen, deren Hintergrund, zumindest was Herrn Nadolny angeht, in einem sehr bedenklichen Zwielicht liegt und deren Themenkreis, wie man hört, so weit gespannt war, dass auch die Frage einer künftigen gesamtdeutschen Regierung zur Sprache kam, wobei sich bereits Dr. Hermes als Kanzler und Nadolny als Außenminister empfahlen.

sozialdemokratische

Auch einige neuhafter/Persönlichkeiten erhielten die gleiche Konferenzeinladung, freilich ohne jeden Erfolg. Auf sozialdemokratischer Seite ist man der Ansicht, dass das Bewusstsein von der deutschen Einheit so tief in den einzelnen Deutschen aller Zonen verwurzelt und in ihnen so lebendig ist, dass so fragwürdige Versuche, wie der vorliegende, diese Einheit zu demonstrieren, nur schädlich sein können.

KP-Chefredakteur kauft

(sp) In dem Prozess des sozialdemokratischen Abgeordneten des Parlamentarischen Rates in Bonn, Dr. Fritz Löwenthal (SPD), gegen die kommunistische Hamburger "Volkszeitung" kam es zu Beginn der Verhandlung sofort zu einem Vergleich.

Dr. Fritz Löwenthal hatte als Privatkläger den Chefredakteur der Hamburger "Volkszeitung", Erich Hoffmann, wegen verleumderischer Beleidigung zur Verantwortung gezogen. Er habe sich wie ein Löwe 12 Jahre lang im schützenden Moskau aushalten lassen, hatte das Hamburger Kommunistenorgan unter anderem geschrieben, nachdem Dr. Löwenthal in die Westzonen geflohen und zur Sozialdemokratie "bergetreten" war, "fürwahr eine köstliche Perle, die man in der britischen Zone nicht vor die SKue wirft."

Der angeklagte Chefredakteur liess durch seinen Verteidiger erklären, dass man kein Interesse an der Durchführung des Prozesses habe. Man sei bereit, dem Privatkläger auf dem Wege des Vergleichs jede ihm zustehende Genugtuung zuteil werden zu lassen. Deutlich liess sich das Bestreben erkennen, um jeden Preis einen "zweiten Krawtschenko-Prozess" zu vermeiden, in welchem Dr. Fritz Löwenthal mit namhaften Zeugen bereit gewesen wäre, die Methoden der Kommunisten schonungslos darzustellen.

Der angeklagte Chefredakteur der kommunistischen Hamburger "Volkszeitung" nahm im Vergleich die Verleumdungen mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück, übernahm sämtliche entstandenen Kosten und dazu eine Barzahlung an die Arbeiterwohlfahrt. Der Wortlaut des Vergleichs soll in den Hamburger Tageszeitungen veröffentlicht werden. (m/Bl/173/1/he)

Grüsse aus Plymouth

(sp) Die englische Labour-Abgeordnete Lucy Middleton, die Plymouth, eine der zerstörtesten Hafenstädte, im Parlament vertritt, hat zum Internationalen Frauentag folgende Botschaft an das Frauenbüro beim Vorstand der SPD geschickt:

"In Europa und in der ganzen Welt gibt es so viel Arbeit, die vornehmlich von Frauen geleistet werden muss: die Erköpfung der völligen wirtschaftlichen und politischen Gleichberechtigung der Frauen, ausreichende Schutzmassnahmen für Mütter und Kinder, die Überwindung von Ausbeutung und Not, von Verfolgung und Krieg, um nur einige der dringendsten Aufgaben zu nennen.

Für die erfolgreiche Durchführung dieser Arbeiten müssen die Frauen vor allem von den internationalen und sozialistischen Idealen befeuert werden, die schon immer die Frauen der sozialdemokratischen Parteien aller Länder angespornt haben."

Lucy und Jim Middleton, der frühere Generalsekretär der Labour Party, sind die ersten englischen Sozialisten gewesen, die nach dem Kriege als Sprecher in sozialdemokratischen Versammlungen auftraten.

Verantwortlich: Peter Rannau